

**Mit Mut. Mit Weitsicht. Miteinander.**



**CDU**

DIE SÄCHSISCHE UNION

29. Landesparteitag der Sächsischen Union  
28. Juni 2014 · Elbe Flugzeugwerke Dresden

# Sammlung der Initiativanträge und Empfehlungen der Antragskommission



Anträge

Empfehlung der Antragskommission

<p><b>1119-1121</b></p> <p><b>1089</b></p>	<p><b>IL3</b></p>	<p><b><u>Antragssteller:</u></b> <b><u>Landesvorstand</u></b></p> <p><b><u>Ändere:</u></b></p> <p>„Der garantierte Einstellungskorridor von jährlich mindestens 300 jungen Polizeianwärtern und Spezialisten wird beibehalten.“</p> <p><b><u>In:</u></b></p> <p>„Wir werden den Einstellungskorridor auf jährlich mindestens 400 junge Polizeianwärter und Spezialisten erhöhen.“</p> <p>[und Folgeänderung in Zeile 1089 → „Wir garantieren einen Einstellungskorridor von mindestens 400 Polizisten“]</p> <p><b><u>Begründung:</u></b></p> <p>Wir werden uns dafür einsetzen, dass unsere Polizisten für ihre Arbeit den verdienten Respekt und die Anerkennung in der Bevölkerung erfahren. Mit der neuen Dienst- und Besoldungsreform werden die Beförderungs- und Aufstiegschancen verbessert. Die Sächsische Union ist die Partei der Inneren Sicherheit – wir stehen zu unserer Polizei. Der Einstellungskorridor soll die Leistungsfähigkeit der sächsischen Polizei sichern.</p>	<p><b>Annahme</b></p>
<p><b>1130</b></p>	<p><b>IL 4</b></p>	<p><b><u>Antragsteller:</u></b> <b><u>Landesvorstand</u></b></p> <p><b>Einfügen zwischen „Rechts,“ und „sind“</b></p> <p>„oder religiös motivierte Extremisten“</p> <p><b><u>Begründung:</u></b></p> <p>Die in letzter Zeit erfolgte Erstarkung der extremen muslimischen Kräfte in den Bürgerkriegen in Syrien und im Irak (ISIS), die zu erheblichen Teilen aus „Glaubenskriegern“ mit muslimischen Wurzeln aus europäischen Staaten stammen, zwingt uns, die Augen vor der Realität nicht zu verschließen. Die in den Kämpfen überlebenden</p>	<p><b>Annahme</b></p>

		<p>„Glaubenskrieger“ werden nach den Kämpfen in ihre europäischen Ursprungsländer zurückkehren. Diese Fanatiker sind durch ihre Kampf- und Mordeinsätze (Kreuzigung von Christen, Zerstückung von Menschen bei lebendigen Leib, Massenhinrichtungen durch manuelles Kopfab-schneiden usw.) im höchsten Maße brutalisiert. Sie stellen für den inneren Frieden in unserem Land eine erhebliche Gefahr dar. Dieser Gefahr muss im Vorfeld entsprechend Rechnung getra-gen werden.</p>	
1265	IL 5	<p><b>Antragsteller:</b> <b>Landesvorstand</b></p> <p><b>Einfügen zwischen „politischen“ und „Extre-mismus“:</b></p> <p>„und religiös motivierten“</p> <p><b>Begründung:</b></p> <p>Siehe Antrag IL3</p>	<b>Annahme</b>
2211/ 2233	IL 6	<p><b>Antragsteller:</b> <b>Landesvorstand</b></p> <p><b>Einfügung in Zeile 2211</b></p> <p>[Wir unterstützen die Anliegen der Vertriebenen und Spätaussiedler] <b>und ihrer Stiftung.</b></p> <p><b>Einfügung in Zeile 2233:</b></p> <p>[Wir unterstützen] <b>aktiv</b> [die Anliegen der Ver-triebenen und Aussiedler] <b>und ihrer Stiftung"</b> <b>Erinnerung, Begegnung, Integration"</b> [in ihrer Rolle...]</p>	<b>Annahme</b>
2379	IL 7	<p><b>Antragsteller:</b> <b>Landesvorstand</b></p> <p><b>Füge ein nach „Menschen.“:</b></p> <p>„Aus diesem Grund befürworten wir freiwillige Zusammenschlüsse von Kommunen. Eine Ge-meindegebietsreform per Gesetz wird es mit uns</p>	<b>Annahme</b>

	<p>nicht geben.“</p> <p>[Folgeänderung der ersten drei Worte des nachfolgenden Satzes statt – „Wir brauchen somit“ – neu: „Denn wir brauchen“]</p> <p><b>Begründung:</b></p> <p>Die Eigenständigkeit von kleinen Gemeinden ist zumeist eine Herzensangelegenheit der Einwohnerinnen und Einwohner. Nicht ohne Grund hat unser Ministerpräsident Stanislaw Tillich hierzu Stellung bezogen und bekräftigt, dass es eine gesetzliche Gemeindegebietsreform unter seiner Führung nicht geben werde. Diese Aussage möchten wir gegenüber allen Bürgerinnen und Bürgern in den entsprechenden Gemeinden mit unserem Initiativantrag unterstreichen.</p> <p>Lösungsfindung vor Ort bedeutet für uns auch, dass kommunale Selbstverwaltung ebenfalls mögliche Gemeindezusammenschlüsse betrifft. Aus diesem Grund sollte es auch in Zukunft möglich sein, freiwillige Gemeindezusammenschlüsse durchzuführen. Hierzu geben die von der Sächsischen Staatsregierung am 26. Oktober 2010 beschlossenen „Grundsätze für freiwillige Zusammenschlüsse von Gemeinden im Freistaat Sachsen“ den Orientierungsrahmen.</p>	
--	---	--

**Mit Mut. Mit Weitsicht. Miteinander.**



**CDU** DIE SÄCHSISCHE UNION

29. Landesparteitag der Sächsischen Union  
28. Juni 2014 - Elbe Flugzeugwerke Dresden

# Änderungen von Empfehlungen der Antragskommission

